

DHH 2014/15 - Zusatzanträge der Gemeinderatsfraktionen

Anlage 3 zur HA Vorlage 24.3.2014, Nr. 043/14

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag (in Kurzform)	Haushaltsrelevante Veränderung 2014 – 2017 in T€	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfdNr.	Stellungnahme zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
	CDU	Haushaltsanträge			
1		Antrag auf finanzielle Vorsorge für mögliche Alternativen zur gebundenen Ganztagschule zur Wahrung der Vielfalt in der Sekundarstufe		116 / 151	<p>Beschlussvorschlag: Die im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel für die Astrid-Lindgren-Schule, die Erich-Kästner-Realschule und die Anne-Frank-Schule werden mit dem allgemeinen Titel bzw. Verwendungszweck „Schulinvestitionen“ versehen. Die schulscharfe Zuordnung der Mittel erfolgt nach den entsprechenden Konzept- und Baubeschlüssen des Gemeinderates.</p> <p>Über den Wunsch auf Vielfalt in der Offenburger Schullandschaft gibt es im Gemeinderat und zwischen Gemeinderat und Verwaltung keine substantiellen Differenzen. Das zeigen u.a. die mit großen Mehrheiten gefassten Beschlüsse des Gemeinderats in den letzten zwei Jahren. Über den Weg die erfolgreiche, vielfältige Schullandschaft zu erhalten und auszubauen, gibt es teilweise unterschiedliche Auffassungen, wobei auch hier zu erwarten ist, dass die Verwaltung im kommenden Jahr Vorschläge vorlegen kann, die große Mehrheiten bekommen werden, zumal grundlegende Veränderungen in der Schulstruktur nur mit jeweiliger Zustimmung der Schulkonferenz vorgeschlagen werden können.</p> <p>Die Entscheidung der Realschulen an der Entwicklung von Gemeinschaftsschulen in absehbarer Zeit nicht teilzunehmen, erfordert u.a. eine komplette Überarbeitung der Baumaßnahmen für die Schulen der Oststadt.</p> <p>Die Verwaltung empfiehlt jedoch nicht, die Mittel für die neue Anne-Frank-Schule i.H.v. 6,3 Mio. € (MMP lfd. Nr. 160 S. 116) ersatzlos zu streichen, sondern mit dem allgemeinen Titel „Schulinvestitionen“ zu</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					<p>versehen. Es bleibt dann den Konzept- und Baubeschlüssen des Gemeinderates im Jahr 2015 (oder ggfs. 2016) vorbehalten, für welche Schulen diese Mittel konkret eingesetzt werden.</p> <p>Ähnlich verhält es sich mit der Lfd. Nr. 151 (s. S. 116) im Mehrjährigen Maßnahmenprogramm für die Schulentwicklung. Dort sind für die Astrid-Lindgren-Schule 640 TEUR in Stufe 1 und weitere 1,5 Mio. EUR in Stufe 2 ausgewiesen. Dies sind – wie in der Begründung dargelegt – noch keine konkreten Kosten sondern eher eine grobe Hausnummer, um die Ergebnisse der aktuellen Schulentwicklungsprozesse umsetzen zu können – wie diese auch aussehen mögen. Auch diese Position soll nach Auffassung der Verwaltung betragsmäßig unverändert bleiben, aber mit dem Titel „Schulinvestitionen“ versehen werden. Die schulscharfe Zuordnung erfolgt nach den Konzept- und Baubeschlüssen.</p>
2		<p>Entwicklungskonzept Innenstadt: zusätzliche Mittel im Zeitraum 2014 – 2018 für Projekte zur Stärkung der Innenstadt</p> <p>(s. auch ähnliche Anträge der Fraktionen der SPD, B90 / Die Grünen, FWV)</p>	<p>1.600 und 1.400 in 2018</p>	105 / 32	<p>Beschlussvorschlag: Es werden zusätzlich 3 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, davon 1,4 Mio. EUR in 2014 bis 2017 und 1,6 Mio. EUR in 2018, so dass für die Jahre 2014 bis 2018 insgesamt 6 Mio. EUR für die Attraktivitätssteigerung der Innenstadt bereit stehen. Die damit finanzierbaren Maßnahmen sollen anhand des noch zu verabschiedenden Prioritätenkatalogs erarbeitet und in die Gremien eingebracht werden.</p> <p>Es wird vorgeschlagen im Zeitraum 2014 bis 2018 (also bis zur Eröffnung des neuen Einkaufsquartiers) zusätzlich zu den bereits etatisierten 3 Mio. EUR weitere 3 Mio. EUR zur Verfügung zu stellen. Davon werden 1,4 Mio. EUR in die Stufe 1 (also 2014 bis 2017) und 1,6 Mio. EUR als Vorabdotierung im Jahr 2018 bereit gestellt. Es stehen somit insgesamt 6 Mio. EUR zur Verfügung, um die im Rahmen des Bürgerprozesses erarbeiteten und vom Gemeinderat priorisierten Maßnahmen in den Jahren 2014 bis 2018 umzusetzen.</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/dfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					Die Vorabdotierung des Jahres 2018 ist vertretbar, da ab diesem Jahr die vorzeitige Entschuldung voll wirksam wird, da die ansonsten für Zins und Tilgung aufzubringenden Mittel von rund 3,8 Mio. EUR definitiv nicht mehr aufgebracht werden müssen. Im Vergleich zum Planungszeitraum 2014-2017 mit der Zusatzbelastung aus der vorzeitigen Entschuldung ergibt sich in 2018 sogar eine jahresbezogene Entlastung von 6,8 Mio. EUR. Siehe hierzu auch allgemeine Ausführungen in der Haushaltsvorlage.
3		Früheres Einschalten der Beleuchtung an Querungen			<p>Beschlussvorschlag: Von der geplanten Vorgehensweise wird zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>Das Thema wird zusammen mit dem EW Mittelbaden aufgearbeitet und im Zusammenhang mit dem Sachstandsbericht "Energetische Modernisierung der Straßenbeleuchtung" im Juli 2014 im Verkehrsausschuss erörtert. Die Fragen zur Beleuchtung von Radwegen außerhalb der Ortslagen sollen entsprechend dem bestehenden GR-Beschluss nach Abschluss der energetischen Modernisierung der Beleuchtung angegangen werden.</p>
4		Prüfung von Allwetter-Rasen als (günstige) alternative zu Kunstrasenplätzen (Beispiel Elgersweier)		117 / 168	<p>Beschlussvorschlag: Von der geplanten Vorgehensweise wird zustimmend Kenntnis genommen</p> <p>Es ist bereits eine Informationsfahrt mit den Fußballvereinen aus Elgersweier, Windschlag und Zell-Weierbach geplant, um die verschiedenen Alternativen besser kennen zu lernen. Wahrscheinlich wird künftig in jedem Einzelfall zu prüfen sein, welche Lösung (Kunstrasen, Naturrasen oder Allwetter-Naturrasen) aufgrund der individuellen Lage des Platzes und angesichts der Bedürfnissen der Vereine die jeweils Beste ist. Nach der Informationsfahrt wird im Sportausschuss berichtet.</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
5		Errichtung eines Buswartehäuschens „Im Albersbach“ Fessenbach noch in 2014		130 / 13	Beschlussvorschlag: Die Errichtung des Buswartehäuschens soll in Stufe II bleiben s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 12 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
6		Ausbau-Senator-Burda-Straße Fessenbach - Grunderwerbsverhandlungen noch in 2014 starten		108 / 65	Beschlussvorschlag: Kenntnisnahme s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 13 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
7		Erweiterung des Parkplatzes Freihofhalle Waltersweier wie von der Ortschaft beantragt		109 / 74	Beschlussvorschlag: Maßnahme soll in Stufe III des MMP verbleiben s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 29 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
8		Umgehungsstraße Waltersweier – Planungsmittel von 20 TEUR um einen Vorentwurf erstellen zu können, auf dessen Basis eine seriöse Kostenermittlung möglich ist und die Notwendigkeit des Baus beurteilt werden kann.		131 / 21	s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 33 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2 Die Verwaltung sieht weiterhin keine verkehrliche Notwendigkeit für die Ortsumgehung Waltersweier. Diese Auffassung wird nach unserer Kenntnis von der Mehrheit des Gemeinderates geteilt. Um einen belastbaren Vorentwurf aufstellen zu können, wäre im Übrigen mit einem Kostenaufwand von etwa 40.000 Euro zu rechnen. Dies erscheint der Verwaltung zuviel Geld, nur um Kostensicherheit zu einer Maßnahme zu erhalten, deren Notwendigkeit von der Mehrheit des Gemeinderates nicht gesehen wird. Aufgrund völlig ausgelasteter Personalkapazitäten kann die Planung

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					auch nicht von den betroffenen Abteilungen des Baudezernates erstellt werden.
9		Sanierung Sporthalle Weier – Erhöhung um 400 T€ auf 600 T€ (s. auch ähnliche Anträge der Fraktionen der SPD und B90 / Die Grünen)	400	117 / 171	Beschlussvorschlag: Für einen ersten größeren Sanierungsabschnitt sollen in 2015 zusätzliche 400 TEUR zur Verfügung gestellt werden (Gesamtbetrag in 2014/15 dann 600 TEUR). s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 36 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
10		Verlagerung Bauhof Windschlag – Konzept für Umbau zu Vereinsräumen des dadurch frei werdenden Stierstalls und die von der Verwaltung vorgeschlagene Materialkostenzuschuss wird unterstützt	50	105 / 38	Beschlussvorschlag: Durch die Ortschaft ist ein klares Finanzierungs- und Durchführungskonzept zu stellen. Für die Maßnahme sollen dann 50 TEUR in 2015 bereit gestellt werden. Die restliche Finanzierung ist durch Eigenleistung und eigene Mittel der Vereine sicherzustellen. s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 37 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
11		Konzepterstellung für Naherholungsgebiet Wolfsgrube in Zell-Weierbach wird unterstützt (siehe auch Antrag der Fraktion B90/Die Grünen)	25	132 / 29	Beschlussvorschlag: Für die Erarbeitung eines Konzepts für einen familiengerechten Ausflugsplatz an der Wolfsgrube u.a. werden 25 TEUR Planungsmittel zur Verfügung gestellt. s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 40 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
12		Die Vorschläge der Verwaltung zu den Ortschaftsanträgen (s. vor-	221		Siehe insgesamt Anlage 2

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
		geschlagene Verbesserungen lt. vorl. Stellungnahme vom 26.1.2014) werden ansonsten ebenfalls unterstützt			
	SPD	Haushaltsanträge			
13		Entwicklungskonzept Innenstadt: zusätzlich 3 Mio. € im Zeitraum 2014 – 2018 für Projekt aus dem Papier für die Gemeinderatsklausur (s. hierzu ähnliche Anträge der CDU, B90 / Die Grünen und FWV)		105 / 32	s. hierzu Antwort der Verwaltung zu lfd. Nr. 2 dieser Anlage
14		Sanierung Sporthalle Weier – Erhöhung um 400 T€ auf 600 T€ (s. hierzu auch ähnliche Anträge der CDU, B90 / Die Grünen)		117 / 171	s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 36 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
15		Erhöhung des Etats für die Grünpflege (siehe hierzu auch ähn-			Beschlussvorschlag: Keine weitere Erhöhung der Mittel im Grünpflegebereich über die bereits mit der Haushaltseinbringung vorgeschlagenen 270 TEUR p.a. hinaus

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
		lichen Anträge der Fraktion B90/Die Grünen und der FWV-Fraktion)			<p>Die Stadt stellt jährlich rund 3 Mio. EUR für die Pflege oder Sanierung von Grünanlagen, Sportanlagen, Spielplätzen, Bäumen, etc. zur Verfügung. Des Weiteren werden im Rahmen von Investitionen (so z.B. aktuell im Sanierungsgebiet Mühlbach) erhebliche Mittel zum Ausbau neuer, attraktiver Grünanlagen bereit gestellt.</p> <p>Durch die Extensivierung von Grünflächen konnten in der Vergangenheit nach Auffassung der Verwaltung ansprechende Grünflächen geschaffen werden, die trotzdem wirtschaftlich zu pflegen sind. Dieser Ansatz soll auch in Zukunft weiter verfolgt werden (s. MMP lfd. Nr. 47).</p> <p>Die Haushaltsansätze für die Grünpflege waren in den letzten Jahren i.d.R. auskömmlich. Lediglich im Bereich der Baumpflege gab es regelmäßig Nachfinanzierungsbedarf, deshalb wird auf Seite 80 lfd. 34 der Haushaltsvorlage vorgeschlagen, die Mittel um nominal 50 TEUR (bzw. fast 30 %) zu erhöhen. Des Weiteren wird vorgeschlagen den Ortsteilen ebenfalls 28 TEUR zusätzlich für die Baumpflege und 52 TEUR zusätzlich für die Sportanlagenpflege zur Verfügung zu stellen (s. S. 79). Um die angekündigten Preissteigerungen der TBO auszugleichen wird des Weiteren das Grünpflegebudget bei FB 5 um 85 TEUR erhöht (s.S. 80). Insgesamt gibt die Stadt somit ab 2014 bei diesen und einigen anderen kleineren Positionen rund 270 TEUR bzw. fast 10 % pro Jahr mehr in diesem Bereich aus als bisher.</p> <p>Die Verwaltung ist der Auffassung, dass grundsätzlich der Zustand der Grünflächen in Ordnung ist, auch wenn es jahreszeitabhängig auch einmal augenscheinliche Defizite geben kann. Eine weitere Erhöhung um 25 TEUR p.a. wie beantragt würde nach Auffassung der Verwaltung jedoch zu keiner spür- oder sichtbaren Verbesserung führen. Hierzu müssten weitaus mehr Grünanlagen als bisher aus der „Standardpflege“ in die „gehobene Pflege“ eingestuft werden. Die dadurch entstehenden zusätzlichen Aufwendungen in einem deutlich</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/dfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					sechsstelligen Bereich pro Jahr würden jedoch eine Dimension erreichen, die im derzeitigen Planungszeitraum nicht ohne neue Prioritätensetzungen möglich wären.
16		Erhöhung des Etats für die Stadtreinigung	80		<p>Beschlussvorschlag: Es werden jährlich zusätzlich 20 TEUR zur Verfügung gestellt, um die als Test eingeführten zusätzlichen Reinigungsgänge der Grünanlagen in der Innenstadt und der daran anschließenden Bereiche dauerhaft zu gewährleisten.</p> <p>Der Gemeinderat hat 2012 beschlossen zu testen, ob neben der Reinigung der Straßen, Wege und Plätze durch zusätzliche Reinigungsgänge an Samstagen die Sauberkeit in Anlagen der Innenstadt spürbar verbessert werden kann. Aus Sicht der Verwaltung kann dies eindeutig bejaht werden. Im Sinne des vorliegenden Antrages schlägt die Verwaltung nun vor, diese Mittel von jährlich 20 TEUR nun zusätzlich dauerhaft zu etatisieren.</p> <p>Auch hier gilt, dass weitere Kleinbeträge keine signifikante Wirkung haben und große Beträge angesichts der enormen Budgetsteigerungen, die ab 2014 erforderlich werden, ohne eine neue Prioritäten- setzung nicht möglich wären.</p>
17		Ausstattung der Mitglieder des GR mit Tablet- Computern			<p>Beschlussvorschlag: Es sollen vorerst hierfür keine Mittel bereitgestellt werden.</p> <p>Am 25.5.2014 wird einer neuer Gemeinderat gewählt. Es wird vorgeschlagen, die Entscheidung über die Einführung einer neuen Technik dem künftigen neuen Gemeinderat zu überlassen. Die Verwaltung wird hierzu zeitnah nach der Kommunalwahl einen Vorschlag erarbeiten. Die erforderlichen Mittel könnten dann ggf. im Nachtrags- haushalt 2015 bereit gestellt werden.</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
	SPD	Deckungsvorschläge:			
18		Steuernehreinnahmen, da Entwicklung bundesweit sehr positiv			Die zwangsläufigen Verschlechterungen und Verbesserungen seit der Haushaltseinbringung werden in der Anlage 1 ausführlich dargestellt.
	B90/Die Grünen	Deckungsvorschläge			
19		Frage: Statt vorzeitiger Entschuldung zum 30.4.2014 nur teilweise Entschuldung in Höhe des angesparten Tilgungsfonds (12 Mio. €)?		10 / 2.4 31 / 6	Es geht bei diesem Antrag um die Fragestellung, welche Risiken wir durch die vorzeitige Entschuldung eingehen bzw. welche Spielräume geschaffen werden könnten, wenn auf die vorzeitige Entschuldung ganz oder teilweise verzichtet wird. Wir verweisen auf die ausführliche Antwort in der Verwaltung in Kapitel Nr. 2.3. der Haushaltsvorlage.
	B90/Die Grünen	Haushaltsanträge			
20	B90/Die Grünen	Kostenrisiken für das Kombibad noch nicht abschätzbar – daher keine komplette Entschuldung		122 / 218	Die aktualisierte Badfinanzierung wurde am 18.2.2014 in der Badkommission vorgestellt und wird im Rahmen des Baubeschlusses dem Gemeinderat am 17.3.2014 zum Beschluss vorgelegt. Es ergeben sich hieraus im Planungszeitraum 2014 bis 2017 keine zusätzlichen Belastungen des städtischen Haushalts. Die erforderliche weitere Eigenkapitalzuführung mit 2 Mio. EUR soll in 2018 finanziert werden Diese Vorabdotierung des Jahres 2018 ist vertretbar, da ab diesem Jahr die vorzeitige Entschuldung voll wirksam wird. Siehe hierzu auch die Ausführungen in der Haushaltsvorlage in Kapitel Nr. 2.2.

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/ld. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
21		<p>Entwicklungskonzept Innenstadt Ansätze 2015/16 reichen nicht aus (je 100 T€ in 2014/15 und je 700 T€ in 2016/17, weitere 1,4 Mio. € in Stufe II)</p> <p>(ähnliche Anträge von CDU, SPD und FWV-Fraktion)</p>		105 / 32	siehe hierzu Antwort der Verwaltung zu lfd. Nr. 2
22		Risiken durch (zu wenig bekannten) Zustand der städtischen Gebäude und Straßen			<p>Beschlussvorschlag: Die vorgeschlagene Vorgehensweise wird zustimmend zur Kenntnis genommen.</p> <p>Über den Zustand der Straßen und auch Ingenieurbauwerke berichtet FB 6 regelmäßig und ausführlich. Im letzten Bericht (GR Vorlage Nr. 106/09A vom 14.12.2009) wurde über einen tendenziell sich verbessernden Straßenzustand berichtet. Die turnusmäßige Erfassung und Neubewertung des Straßenzustands steht für den Doppelhaushalt 2014/15 an. Die Ergebnisse sollen dem Gemeinderat in 2015 vorgestellt werden.</p> <p>Auch die über 150 Gebäude der Stadt sind zum größten Teil in einem guten Zustand.</p> <p>Trotzdem ist es richtig, dass in Zukunft auch dem Erhalt des städtischen Infrastrukturvermögens noch mehr Beachtung geschenkt werden soll. Deshalb hat die Verwaltung mit der Einbringung des Haushalts vorgeschlagen, für die Gebäude- und Straßenunterhaltung</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/ld. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					<p>Nachhaltigkeitskonzepte aufzustellen und hierfür ab 2015 pro Jahr zusätzlich 1 Mio. EUR zur Verfügung zu stellen (s. S. 9 der Einbringungsvorlage).</p> <p>Entgegen der Auffassung der Fraktion B90/Die Grünen führt dies nicht zu einer Einengung des finanziellen Spielraums sondern es wird im Gegenteil die Chance eröffnet, ab 2015 Mittel für eine noch nachhaltigere Gebäudebewirtschaftung und Unterhaltung bereit zu stellen. Der Gemeinderat wird über dieses Konzept mit dem Nachtragshaushalt 2015 gesondert entscheiden.</p>
23		Risiken bei der Gewerbesteuerentwicklung			<p>Beschlussvorschlag: Die geänderten Planwerte der Gewerbesteuerentwicklung werden zustimmend zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Gewerbesteuerentwicklung 2013 wurde durch die jetzt von der Verwaltung vorgeschlagenen Anpassungen Rechnung getragen. Das IST-Ergebnis mit 48,4 Mio. EUR wurde auf Basis der Steuerschätzung vom November 2013 auf die kommenden Jahre fortgeschrieben und die Haushaltsansätze entsprechend angepasst – s. auch Anlage 1 – zwangsläufige Veränderungen.</p> <p>2014 neu 50 Mio. EUR – bisher 52 Mio. EUR 2015 neu 51 Mio. EUR – bisher 52 Mio. EUR</p> <p>Im ersten Quartal 2014 entwickelt sich die Gewerbesteuer planmäßig.</p>
24		<p>Dotierung Pensionsfonds in 2016/17</p> <p>(s. auch ähnlichen Antrag der FWV)</p>			<p>Beschlussvorschlag: In 2016/17 sollen weiterhin 4,5 Mio. EUR für einen Pensionsfonds reserviert werden. Ob diese Mittel hierfür tatsächlich eingesetzt werden oder zum vorrangigen Haushaltsausgleich erforderlich werden, soll voraussichtlich im Rahmen des Doppelhaushalts 2016/17 entschieden werden.</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/dfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					<p>Vorher wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für die Absicherung der Beamtenpensionen vorzulegen.</p> <p>Die Verwaltung schlägt mit der Einbringungsvorlage vor, in 2016/17 insgesamt 4,5 Mio. EUR für einen Pensionsfonds zur reservieren anstatt heute bereits für den „Konsum“ einzusetzen. Die Entscheidung hierüber soll konzeptionell gut vorbereitet werden. Die Verwaltung hält es weiterhin für richtig diese Mittel in dieser Form zu reservieren, um ggf. dem Gemeinderat eine entsprechende Entscheidung zu ermöglichen.</p> <p>Gleichzeitig stellt der Pensionsfonds auch eine Finanzierungsreserve für den DHH 2016/17 dar, falls nicht alle Vorhersagen so eintreffen wie heute geplant. Deshalb wird auch eine teilweise Verschiebung in Stufe 2 wie von der FWV-Fraktion beantragt (s. lfd. Nr. 46) nicht unterstützt. Vorsorgemittel würden ansonsten durch zusätzlichen Konsum ersetzt.</p>
25		<p>Halle Weier – Sanierung sollte schnellstmöglich nachgeholt werden</p> <p>(ähnliche Anträge der CDU, SPD Fraktionen)</p>		117 / 171	s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 36 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
26		Fußgängerunterführung in Albersbösch freundlicher und sicher gestalten			<p>Beschlussvorschlag: Die vorgeschlagenen Vorgehensweise wird zustimmend zur Kenntnis genommen</p> <p>Die Verbesserungen der Fußgänger- (Radweg-) unterführungen im Zuge der Rheintalbahn sind als Maßnahmen in den Rahmenplan Albersbösch eingegangen mit einer Priorität, dies in 5 – 10 Jahren anzugehen. Sinnvoller Weise können die Planungen frühestens angegangen werden, wenn die A3-Variante nicht mehr Bestandteil des</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/dfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					Planfeststellungsverfahrens ist. Dauerhafte Lösungen sind nur im Zusammenwirken mit der Bahn möglich, da die Bauwerke grundständig erneuert werden müssen. Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Beleuchtung und des Anstrichs werden im laufenden Jahr durchgeführt
27		Umsetzung aller Maßnahmen des Grünkonzepts von Elgersweier, nicht nur Ausgleichsmaßnahmen		107 / 48	<p>Beschlussvorschlag: Von der beabsichtigten Vorgehensweise wird Kenntnis genommen.</p> <p>Die Finanzierung der gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen für die Erweiterung der Fa. Hansgrohe ist aus dem Haushaltsansatz "Ökokonto Ausgleichsflächen" (MMP Nr. 48) vorgesehen. Darüber hinaus sind im DHH bereits unter dem Titel "Verlegung landwirtschaftlicher Wege und Fußwege und weitere Grünordnungsmaßnahmen durch die Erweiterung Hansgrohe Elgersweier" (MMP Nr. 64) Mittel in Höhe von bis zu 250 T€ eingeplant, um über die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen hinaus weitere freiwillige Maßnahmen umsetzen zu können, was auch möglich sein wird.</p> <p>Alle Vorschläge aus dem Ortschaftsrat und der Bevölkerung werden auf ihre Umsetzbarkeit hin zu bewerten sein und voraussichtlich wird eine Auswahl zu treffen sein. Die Verwaltung beabsichtigt, dem Gemeinderat hierzu am 07.04.2014 nach Vorabstimmung mit der Ortschaft und Vorberatung im Planungsausschuss eine Beschlussempfehlung vorzulegen.</p>
28		Einrichtung naturnaher, stadtteilübergreifender Spielräume, z.B. ein Wasserspielplatz an der Gifiz			<p>Beschlussvorschlag: Im Rahmen des Gifizsee-Konzepts soll geprüft werden, ob eine derartige Maßnahme dort aufgenommen werden kann.</p> <p>Eine derartige Maßnahme soll – sofern gewünscht – in das derzeit erarbeitete Gifizsee-Konzept aufgenommen werden. Die heute be-</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					<p>reits identifizierten Teilprojekte werden nach vorsichtigen Prognosen über 3 Mio. EUR kosten. Als erstes Teilprojekt soll bereits in 2014/15 eine Maßnahme zur Verbesserung der Wasserqualität durch Phosphatentnahme realisiert werden. Weitere Maßnahmen sollen frühestens Mitte 2017 planerisch weitergeführt werden und dann ab 2019 zur Umsetzung kommen.</p> <p>Gerade im Hinblick auf die sehr große Investition zugunsten des Stegermattbades ist sicher nachvollziehbar, dass die Stadt nicht gleichzeitig wünschbare Projekte am Gifiz umsetzen kann. Prioritäten beinhalten immer auch Projekte, die erst später realisiert werden können.</p>
29		<p>Entwicklung eines Konzeptes zur Weiterführung des Tiergeheges Wolfsgrube einschl. Personal der Stadt</p> <p>(ähnlicher Antrag von CDU Fraktion)</p>		132 / 29	s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 40 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
30		Kein Aufschub beim Verkauf des Rathauses Bühl und Umzug der OV in den alten Kindergarten		101 / 2	<p>Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird beauftragt weiterhin mit der Kirche über eine gemeinsame Lösung zu verhandeln</p> <p>s. hierzu auch Antwort der Verwaltung Nr. 3 zur den Ortschaftsanträgen in Anlage 2</p> <p>Die Verwaltung sieht das in Aussicht genommene Konzept grundsätzlich positiv. Die Planung enthält entsprechende Mittel in 2016/17, die in Einnahmen und Ausgaben neutral sind. Die Umsetzung des Konzepts ist jedoch keine Frage des Geldes sondern ob die Partner Kirche/Stadt/Ortsteil ein gemeinsames Nutzungs- und Finanzie-</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					rungskonzept finden. Sollte dies früher machbar sein, ist ein früherer Beginn, vorbehaltlich vorhandener Kapazitäten, denkbar.
31		Aufstockung des Grünpflegeprogramms um 30 T€ jährlich, dafür vorl. Stopp des Extensivierungsprogramms mit 30 T€ jährlich und HH-Übertragungen von 99 T€ (s. auch Antrag der SPD und der FWV zur Grünpflege)	Umschichtung	106 / 47	<p>Beschlussvorschlag: Keine Umschichtung der Ansätze, Weiterführung der Extensivierungen</p> <p>Siehe auch Antwort der Verwaltung Nr. 15 dieser Anlage</p> <p>Durch die Extensivierung von Grünflächen konnten in der Vergangenheit nach Auffassung der Verwaltung ansprechende Grünflächen geschaffen werden, die trotzdem wirtschaftlich zu pflegen sind. Dieser Ansatz soll auch in Zukunft weiter verfolgt werden (s. MMP lfd. Nr. 47). Eine Umschichtung dieser Mittel zur laufenden Grünflächenunterhaltung würde dies nicht mehr in ausreichendem Umfang ermöglichen und dort in einer Größenordnung von 30 TEUR keinen wirklich spürbaren Verbesserungen bringen.</p>
32		Ausweitung der Gemeinwesenarbeit um 2 Stellen für die Gesamtstadt			<p>Beschlussvorschlag: Keine zusätzlichen Stellen</p> <p>Die Gemeinwesenarbeit ist im Konzept der Stadtteil- und Familienzentren integriert. Alle Mitarbeiter in den SFZ's arbeiten gemeinwesenorientiert mit Kernaufgaben in der Kita, im Hort, in der Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, offenen Schulkindarbeit oder Ganztagschule vor Ort, in der Gemeinwesenarbeit mit Erwachsenen.</p> <p>Daneben gibt es Mitarbeiter/innen, die ausschließlich in der GWA arbeiten bzw. für diesen Zweck bestimmte Stellenanteile haben:</p> <p>Jeder SFZ-Leiter hat 50% GWA-Anteil in seinem Aufgabenbereich: 6 x 50% = 300% bzw. 3 Stellen.</p> <p>In folgenden Stadtteilen gibt es zusätzliche Personalanteile: Oststadt 75%, Albersbösch 75%, Nordwest 50%, Stegermatt 100% = 300%</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/ld. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					<p>bzw. 3 Stellen</p> <p>Für die Ortsteile wird eine 1,0 Personalstelle für das Projekt Perspektiven der Ortschaften geschaffen, um die Ortschaften in ihren sozialen Entwicklungen im demographischen Wandel zu unterstützen.</p> <p>Für eine Stadt in der Größe von Offenburg sind 6 Personalstellen allein für die Gemeinwesenarbeit in der Kernstadt zusätzlich zum Konzept der Stadtteil- und Familienzentren ein sehr guter Wert.</p> <p>Andere vorhandene, vielfältige Unterstützungssysteme dürfen dabei nicht übersehen werden (so z.B. der KSD des Kreises, die diversen gesetzlichen Unterstützungsleistungen des Kreises, die Arbeit der Schulsozialarbeiter in den Schulen, vielfältige spezielle Beratungsstellen, vielfältige freie soziale Initiativen, die von der Stadt finanziell unterstützt werden, uvm). Jeder hat seine spezifische Aufgabe, in der Summe tragen sie aber alle zur sozialen und gesellschaftlichen Stabilität bei – eine zentrale Aufgabe auch der Gemeinwesenarbeit.</p> <p>Eine Erweiterung ist derzeit wirklich nicht vorrangig und mit einem Aufwand von 500 T€ im Zeitraum 2014-17 auch nicht zu vertreten.</p>
33		Förderung der Wohnbau mit 1 Mio. € zur Schaffung von Wohnraum für einzelne Personen im Preissegment ALG II			<p>Beschlussvorschlag: Es werden keine städtischen Mittel bereitgestellt, da die Wohnbau Offenburg bereits eine entsprechende Strategie verfolgt, die aus eigener Kraft finanziert werden kann.</p> <p>Im Aufsichtsrat der Wohnbau Offenburg GmbH, in dem alle Fraktionen vertreten sind, wurde im September 2013 die Unternehmensstrategie 2014 bis 2023 verabschiedet. Dabei betont die WO ausdrücklich die Schaffung von preisgünstigem (Miet-) Wohnraum als Schwerpunkt der nächsten Jahre. So sollen in den nächsten 10 Jahren über 200 Wohnungen zwischen 60 und 75 qm neu geschaffen werden, die zu verträglichen Mietpreisen zwischen 5,50 und 7,00</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/ld. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					<p>€/qm vermietet werden können. Durch die niedrigen Zinsen und Erlöse aus dem Bauträgergeschäft (gerade im BG Seitenpfaden) werden die finanziellen Rahmenbedingungen als günstig angesehen, so dass dies aus eigener Kraft gestemmt werden kann.</p> <p>Gleichzeitig ist zu beachten, dass der Kreis als Grundsicherungsträger seine Werte anerkannter Mietpreise ab 1.1.2014 nach oben korrigiert hat und insbesondere bei kleinen Wohnungen jetzt deutlich höhere Werte anerkennt. So werden jetzt Mieten anerkannt, die sich bei den Wohngeldsätzen plus 10 % bewegen. Damit wird deutlich, dass die o.g. Wohnungen auch für ALG II – Empfänger erreichbar sein werden und dass neue Wohnungssegmente für diesen Personenkreis sich erschließen werden.</p> <p>Des Weiteren verfolgt die Stadt schon seit Jahren eine Angebotsorientierte Wohnungspolitik. Durch die in den nächsten Jahren entstehenden zusätzlichen Wohnungsangebote im Mühlbach-Areal und im Baugebiet Seitenpfaden werden erfahrungsgemäß Wohnungen in einem günstigeren Preissegment frei gemacht. Es kommt zu Umschichtungen, die durch sozialen Aufstieg von Mietern erfahrungsgemäß auch zu Angeboten von Wohnungen in einem günstigen Preissegment führen.</p>
34		Finanzierung eines I-Punktes Kultur, der zusammen mit dem Tourismusbüro zu planen ist		106 / 40	<p>Beschlussvorschlag: Der Gemeinderat unterstützt grundsätzlich den Verkauf von Kulturtickets in einem künftigen Tourismusbüro</p> <p>Die Verwaltung ist ebenfalls der Meinung, dass in einem künftigen Tourismusbüro auch umfassend Karten für das Kulturprogramm erworben werden können. Unabhängig davon sollte die Abo-Beratung auch künftig zentral durch die Fachleute des Kulturbüros in der Regel</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					<p>telefonisch stattfinden. Gerade Abo-Kunden sind es gewohnt, Auskünfte telefonisch einzuholen.</p> <p>Immer intensiver wird von Abo-Interessenten der Abo-Info-Abend vor Beginn der Saison in der Reithalle genutzt. Zudem arbeitet das Kulturbüro mittelfristig an einer ergänzenden Internet-Lösung, die ein Teil der Kundschaft (vgl. Kino) erwartet.</p>
35		Anschubfinanzierung von 30 T€ für ein Kulturzentrum Spinnerei			<p>Beschlussvorschlag: Die Gemeinderat begrüßt, dass die Verwaltung die Initiative Kulturfabrik konzeptionell unterstützt. Über eine finanzielle Unterstützung soll danach beraten werden.</p> <p>Die Verwaltung steht der Idee auch einer kulturellen Nutzung des Webereihochbaus in der Spinnerei positiv gegenüber und wird die bestehende Initiative bei der Konzepterstellung unterstützen.</p> <p>Wie dann eine finanzielle Unterstützung der Stadt aussehen könnte, ist konzeptabhängig und steht damit eher am Ende des Prozesses als am Anfang. Insbesondere muss die finanzielle Förderung auch in die sonstige „Förderkulisse“ im Kulturbereich passen und dies kann erst beurteilt werden, wenn erkennbar wird, wie sich das Angebot/Konzept der Initiative im Vergleich zu anderen geförderten Bereichen darstellt (z.B. KIK, Kunstverein, Artforum, TPO, etc.). Auch ist die Zuständigkeit Dritter (z.B. Land Baden Württemberg) zu beachten.</p>
36		Aufstockung des Budgets für Gebäudeunterhalt			<p>Beschlussvorschlag: Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass durch die eingeplanten 1 Mio. EUR für eine noch nachhaltigere Gebäude- und Straßenunterhaltung ab 2015 das Gebäudeunterhaltungsbudget deutlich steigen wird.</p> <p>Wie unter lfd. Nr. 22 dargestellt hat die Verwaltung in der</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/dfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					Einbringungsvorlage auf Seite 9 bereits vorgeschlagen, ab 2015 das Gebäude- und Straßenunterhaltungsbudget im Rahmen eines Nachhaltigkeitskonzepts um 1 Mio. EUR p.a. aufzustocken. Wie die Aufteilung zwischen Gebäude- und Straßenunterhaltung sich genau darstellt wird im Laufe dieses Jahres entwickelt und hierzu dem Gemeinderat ein Vorschlag unterbreitet.
37		Vorübergehende Personalaufstockung im Sitzungsdienst zur Aufarbeitung des Rückstandes			<p>Beschlussvorschlag: Die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise wird zustimmend zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Aufarbeitung der aktuellen Rückstände ist bereits ein externer Schreibdienst beauftragt. Ein solcher Schreibdienst ist zur zeitweisen Überbrückung besser geeignet. Erfahrene, professionelle Kräfte brauchen nicht eingelernt zu werden und eigene Kapazitäten brauchen nicht vorgehalten zu werden. Auf den Schreibdienst kann auch später punktuell bei Bedarf zurückgegriffen werden. Arbeitszeit und Kosten sind für die Stadt günstiger. Die Abwicklung ist mittels moderner Kommunikationsmitteln unproblematisch. Der Datenschutz wird durch entsprechende vertragliche Vereinbarung gewährleistet. Erste Testläufe haben ergeben, dass der Schreibdienst eine gute Ergänzung und Entlastung bietet in adäquater Zeit. Die Letztausfertigung bleibt weiterhin beim Sitzungsdienst.</p> <p>Des Weiteren wird die Verwaltung mit dem neuen Ältestenrat und dem Gemeinderat beraten, ob die Protokolle zukünftig nicht deutlich „schlanker“ gemacht werden können. Die heutigen Tonträger lassen jederzeit die Ausfertigung einzelner Protokollteile auf Wunsch von Fraktionen, Stadträten oder der Verwaltung zu. Davon wird heute bereits hin und wieder Gebrauch gemacht.</p> <p>Deutlich verkürzte Protokolle wäre die zielführende Entlastung des Sitzungsdiensts. Die Beschlüsse mit Abstimmungsergebnis, Erklärungen zu Protokoll sowie die Übersicht über die Anwesenheit könn-</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					ten dann unmittelbar nach der Sitzung als Ergebnisprotokolle erstellt werden.
38		Sofortige Umsetzung der Querungshilfe Hubertusstraße		110 / 76	Beschlussvorschlag: Von der vorgeschlagenen Vorgehensweise wird zustimmend Kenntnis genommen. s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 35 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
39		Errichtung eines Buswartehäuschens „Im Albersbach“ Fessenbach		130 / 13	s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 12 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
40		Vergabe einer Planung für eine ausreichende Verteilung von Mobilfunkmasten, so dass möglichst wenig sensible Bereiche „bestrahlt“ werden (Mobilfunkvorsorgeprogramm) .			Beschlussvorschlag: Die vorgeschlagene Vorgehensweise wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Auf Antrag der Fraktion B90/Die Grünen wird sich der Gemeinderat zeitnah mit diesem Thema Mobilfunk gesondert befassen. Dabei ist vorgesehen, kompetente Fachleute zu Wort kommen zu lassen. Ob dabei für die Stadt zusätzliche Möglichkeiten der Einflussnahme aufgezeigt werden, wird man sehen. Dann wären ggf. neue Entscheidungen zu überdenken. Nach der aktuellen Rechtslage sieht die Stadt allerdings nur begrenzte Möglichkeiten die Betreiber bei der Suche von Mobilfunkstandorten zu beeinflussen. Seitens des Umweltausschusses wurde im Jahre 2007 einstimmig die Richtlinie verabschiedet, die den Suchlauf von Mobilfunkanlagen in Offenburg regelt. Der Suchlauf wurde seit 2013 zusätzlich transparenter gestaltet mit Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger.

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/dfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					<p>Ohne hierzu rechtlich verpflichtet zu sein, respektieren die Anbieter regelmäßig die Wünsche und Empfehlungen der Stadt im Rahmen ihres Suchgebietes. Eigene Standortplanungen der Stadt i.S. eines Vorsorgekonzepts bringen keine weiteren rechtlichen Möglichkeiten. Schon mit dem bisherigen Verfahren wird seitens der Stadt - über die tatsächlichen rechtlichen Befugnisse hinaus - das Möglichste getan, dass sensible Bereiche ausgenommen werden und das Bedürfnis der angrenzenden Eigentümer und der Öffentlichkeit nach Information erfüllt werden.</p>
41		<p>a) Konzepte sollen nur noch entwickelt werden, wenn sich deren Realisierung – zumindest teilweise – abzeichnet.</p> <p>b) Konzept für die Sanierung der Oststadtstraßen (50 T€) ist nicht notwendig.</p>			<p>Beschlussvorschlag: Die Ausführungen der Verwaltung werden zustimmend zur Kenntnis genommen.</p> <p>zu a) Grundsätzlich hält es die Verwaltung für richtig, allgemeine strategische Konzepte rechtzeitig zu entwickeln, auch wenn die Realisierung erst mittel- bis langfristig angedacht werden kann. Oft sind die Konzepte sogar zwingend erforderlich, um überhaupt eruieren zu können, in welchem Umfang Finanzierungsmittel benötigt werden oder wo es mögliche Finanzierungsquellen gibt.</p> <p>Im Übrigen kann man meist erst bei konzipierten Konzepten etwas zu ihren Realisierungschancen sagen und nicht bereits am Anfang. Und nicht zuletzt ergibt sich nach Abschätzung eines Finanzierungsrahmens auch die entsprechende Prioritätensetzung. Dies soll so beibehalten werden.</p> <p>zu b) Sanierung der Oststadtstraßen: Im Mehrjährigen Maßnahmenprogramm (MMP) sind in Stufe II eine Vielzahl von anstehenden Umbaumaßnahmen in der Oststadt angemeldet, so .z.B., Ausbau Josef-Kohler-Straße und Josef-Kohler-Platz, Ausbau Friedrichstraße (Weingartenstr-Tannweg) etc. Damit Standards zum Parkraum, der Begrünung wie auch der Straßenraumgestaltung erarbeitet und beraten werden können, wird es erforderlich die Straßen</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/ld. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					in diesem Quartier insgesamt zu betrachten – hierfür sollen die beantragten Mittel bereitgestellt werden.
42		Klarstellung, wann ist eine Straßenmaßnahme noch eine Unterhaltungsmaßnahme, die über das Budget abgewickelt wird und wann wird eine Maßnahme gesondert im MMP dargestellt?			<p>Beschlussvorschlag: Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.</p> <p><u>Grundsatz:</u> Straßenunterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen werden im Budget abgewickelt. Straßenneubau / Ausbau und Erweiterungsmaßnahmen werden im Investitionsprogramm / MMP ausgewiesen.</p> <p><u>Weitere Erläuterungen:</u> Grundsätzlich werden 3 verschiedenen Stufen bei Straßenmaßnahmen unterschieden:</p> <p>1. Reine Straßenunterhaltung → Budget 500 TEUR p.a.</p> <p>Darunter fallen Kleinmaßnahmen an Straßen, welche lediglich der Unterhaltung dienen. So z.B., Beseitigung von Schlaglöchern, Reparatur von einzelnen Schadstellen an Bordsteinen, Straßeneinläufen und Rinnen, Entfernung von Wurzelhebungen, Entfernung von Bewuchs aus Rinnen, Reinigen von Leitpfosten und Straßeneinläufen, etc..</p> <p>Sofern keine lang anhaltenden Winterereignisse mit vielen Frostperioden auftreten, sind diese Mittel auch ausreichend. Wird in der ersten Jahreshälfte festgestellt, dass doch höhere Unterhaltungskosten anfallen, so wird <u>eine</u> Sanierungsmaßnahme, die für die 2. Jahreshälfte geplant war, auf das Folgejahr verschoben und dort dann mit 1. Priorität angegangen.</p> <p>2. Straßensanierungen → Budget 820 TEUR p.a.</p> <p>Damit sind größere Maßnahmen gemeint, welche der Erhaltung der</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/dfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					<p>Substanz und Dauerhaftigkeit der Straße dienen, so z.B. die Sanierung von Fahrbahn / Gehwegdeckschichten, ggf. punktuell auch Tragschichten, Verbesserung der Straßenentwässerung, Regulierung auch größerer Bord- und Rinnenabschnitte etc.</p> <p>Beide Maßnahmenfelder werden i.d.R. konsumtiv (also im Ergebnishaushalt) verbucht, da keine neuen Vermögenswerte geschaffen werden. Oft ist die Abgrenzung aber nicht einfach. Die finanzielle Abwicklung erfolgt über das Budgetkonto „Straßenunterhaltung“, das aktuell mit 1,32 Mio. EUR p.a. dotiert ist. Die Aufteilung 500 TEUR für Straßenunterhaltung und 820 TEUR für Straßensanierungen entspricht den bisherigen Erfahrungswerten. Die Unterhaltungsmaßnahmen werden überwiegend durch die TBO durchgeführt, Sanierungsmaßnahmen nach öffentlicher Ausschreibung durch Fremdfirmen.</p> <p>3. Straßenneubau oder Ausbaumaßnahmen → MMP – investiv</p> <p>Über das Straßenunterhaltungskonto werden planmäßig keine Neubaumaßnahmen mit grundständiger Erneuerung / Umgestaltung der Straße durchgeführt. Wird bei der Vorplanung der Maßnahme festgestellt, dass die Straße z.B. komplett umgestaltet bzw. neu gebaut werden muss, so wird diese Maßnahme im MMP angemeldet und dort mit ihren Kosten gesondert ausgewiesen.</p>
43		Längere Öffnungszeiten des Salmen als Denkmal – Gelder zur Finanzierung insb. der Personalkosten			<p>Beschlussvorschlag: Eine ständige Öffnung des Salmen wird derzeit nicht angestrebt. Die Verwaltung wird jedoch beauftragt andere Maßnahmen zu prüfen (z.B. bauliche Maßnahmen, alternativ ein Infotableau, etc.) um für Individualbesucher und Gruppen zusätzliche Infomöglichkeiten zu schaffen. Berichterstattung im Kulturausschuss.</p>

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/ld. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
					<p>Eine ständige Öffnung des Salmen für Individualbesucher (ähnlich einem Museum/einer Galerie) ist aus Sicht der Verwaltung kaum durchführbar, weil auch die Nachfrage derartige Personalaufwendungen, die zwischen einer und zwei Stellen liegen, nicht rechtfertigen.</p> <p>Die ständige Nutzung des Gebäudes (oberhalb 90 %) als Veranstaltungs- und Tagungsstätte behindert angemeldete Führungen, die grundsätzlich möglich sind und für die wir auch über geschultes Personal verfügen. Die gegenseitigen Störungen bei Veranstaltungen, Proben, Auf- und Abbauten könnten verringert werden, wenn ein separater Zugang zur Empore geschaffen werden könnte. Dies wäre aber wohl mit erheblichen Eingriffen in die Substanz verbunden. Dennoch wird die Kulturverwaltung dies mit dem technischen Dezernat prüfen sowie Möglichkeiten und Kosten im Kulturausschuss vorstellen.</p> <p>Die Salmen-Präsentation wurde 2012 vom Archiv durch eine sehenswerte Dauerausstellung zur Offenburger Demokratiegeschichte und Erinnerungskultur im Treppenaufgang ergänzt. In den kommenden Wochen wird eine von der Hochschule gemeinsam mit Archiv und Museum entwickelte Homepage zum Thema „Offenburg in der Zeit des Nationalsozialismus“ online gestellt. Sie enthält Biografien des von Schüler/innen erarbeiteten Gedenkbuchprojektes, Fotos, Dokumente, Texte und Filme. Geplant ist die Aufstellung eines Touchscreen-Monitors mit Internetanbindung im Salmen, um damit den Besuchern einen Zugriff auf die Homepage zu bieten.</p>
44		Prüfung, wie weit sich die Stadt an einem inklusiven Kindergarten an der Hans-Jakob-			Beschlussvorschlag: Die Stadt unterstützt grundsätzlich die Schaffung einer Inklusions-Kita im Rahmen der vom Gemeinderat verabschiedeten Standards

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
		Schule beteiligen kann			<p>Es gab wegen der Schaffung einer Kindergartengruppe, in der die Vorstellung der Inklusion in besonderer Weise verwirklicht werden kann, im Jahr 2013 – auf Vermittlung der Hans-Jakob-Schule - Kontakte mit der Lebenshilfe und dem potenziellen Betreiber, der „concept maternal gGmbH“. Sowohl die Lebenshilfe als auch der potenzielle Betreiber wurden in ihren Plänen bestärkt, das Projekt voranzutreiben. Die Zusage, die Kindergartengruppe in die städtische Bedarfsplanung aufzunehmen, wurde grundsätzlich erteilt. Die Interessenten erhielten am 1.7.2013 Auskünfte über die Modalitäten, die im Zusammenhang mit dem Betriebskostenzuschuss und einem eventuellen Baukostenzuschuss stehen. Allerdings meldeten sich die Interessenten nach diesen Informationen nicht mehr!</p> <p>Eine Unterrichtung der Hans-Jakob-Schule an alle Fraktionen Anfang dieses Jahres, ohne Kontaktaufnahme mit der Verwaltung, hat dann überrascht.</p> <p>Wenn die notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen, prüft die Stadt die Möglichkeiten einer inhaltlichen und finanziellen Unterstützung.</p>
	FWV	Haushaltsanträge			
45		<p>Erhöhung der Mittel für das Konzept zur Stärkung der Innenstadt von 3 auf 6 Mio. EUR in 2014 bis 2018</p> <p>(ähnliche Anträge auch von der Fraktionen der CDU, SPD und B90 / Die Grünen)</p>		105 / 32	siehe hierzu Antwort der Verwaltung zu lfd. Nr. 2

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
46		Verschiebung Pensionsfonds um ein Jahr von 2016/17 auf 2017/18		9 + 10	siehe hierzu Antwort der Verwaltung zu lfd. Nr. 24
47		Zusätzliche Straßenlampe bei der Einmündung des Radwegs Kinzigdamm – Kinzigstraße			Beschlussvorschlag: Die von der Verwaltung dargestellte Vorgehensweise wird zustimmend zur Kenntnis genommen Der Bedarf wird vom Fachbereich Verkehr untersucht und falls erforderlich auch aus laufenden Haushaltsmitteln realisiert.
48		Erfahrungsbericht LED-Straßenbeleuchtung vor weiterer Umrüstung		112 / 109	Beschlussvorschlag: Die von der Verwaltung dargestellte Vorgehensweise wird zustimmend zur Kenntnis genommen Das Thema wird im Juli 2014 im Verkehrsausschuss mit dem Sachstandsbericht "Energetische Modernisierung Straßenbeleuchtung" vorgestellt und beraten.
49		Anschaffung einer weiteren Geschwindigkeitsüberwachungsanlage und einer weiteren Kamera für die stationären Anlagen			Beschlussvorschlag: Die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Im Doppelhaushalt 2014/2015 (Budget) sind bereits 80.000 € für die Anmietung eines Messfahrzeuges eingestellt, um verschiedene Messgeräte in der Praxis testen zu können. Aus den daraus resultierenden Erkenntnissen muss über das weitere Vorgehen entschieden werden (z.B. Anmietung weiterer Fahrzeuge, etc.). Eine Berichterstattung erfolgt im Verkehrsausschuss, sobald genügend Erfahrungswerte vorliegen. Bis zum nächsten Doppelhaushalt (2016/2017) wird ein neues Konzept für die stationären Geschwindigkeitsanlagen erstellt, da aus technischen Gründen eine Umrüstung auf digitale Messung ansteht. Hier jetzt noch „alte Technik“ anzuschaffen, ist nicht sinnvoll.

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/ld. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
50		Vorziehen der Planung für den Kreisel Südring / Zähringerstraße von 2015 auf 2014 und der Ausführung von 2017 auf 2016		113 / 118	<p>Beschlussvorschlag: Kein Vorziehen der Maßnahme um ein Jahr</p> <p>Der Südring soll in den Jahren 2015/16 grundsätzlich nicht mit einer Baumaßnahme belastet werden. Durch den Neubau des Familien- und Freizeitbads in der Stegermattstraße wird mit zusätzlichem Verkehr auf dem Südring gerechnet, insbesondere auch als Zufahrt im Sommer zum Gifizsee-Strandbad, das quasi als Ersatz für das fehlenden Freibad in den Sommern 2015 und 2016 dienen muss.</p> <p>Deshalb sind auch die Planungsmittel in 2015 früh genug, so dass dann zum Doppelhaushalt 2016/17 die aktualisierte Kosten vorliegen und 2017 gebaut werden kann.</p>
51		Erhöhung des Grünpflegebudgets um 150 TEUR und ausführlichen Bericht über Qualität und Kosten der bisherigen Pflegestandards (s. ähnliche Anträge der SPD und B90 / Die Grünen)			siehe hierzu Antwort der Verwaltung zu lfd. Nr. 15
52		Sanierung Rathaus Rammersweier - Vorziehen der Planungsrate aus 2017 nach 2014/15 mit Anschluss der Arbeiten		101 / 5	<p>Beschlussvorschlag: Die Planungsrate von 50 TEUR wird von 2017 auf 2016 vorgezogen</p> <p>siehe hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 21 Anlage 2</p>
53		Erweiterung des Park-		109 / 74	

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
		platzes der Freihofhalle wie von Ortschaftsrat beantragt (ähnlicher Antrag der CDU Fraktion)			s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 29 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2
54		Ortsumgehung Waltersweier – Einstellung einer Planungsrate (ähnlicher Antrag der CDU Fraktion)		131 / 21	s. hierzu Antwort der Verwaltung Nr. 33 zu den Ortschaftsanträgen in Anlage 2 und Antwort lfd. Nr. 8
	FDP	Haushaltsanträge			
55		Überplanung des Omnibusbahnhofs ZOB - Bereitstellung von Planungsmitteln im Haushalt			Beschlussvorschlag: Die Lage des ZOB soll im Rahmen der für 2016 avisierten Planungen für den Bahnhof und das Umfeld thematisiert werden. Im Rahmen der Überarbeitung des Schlüsselbuskonzeptes wird die Veränderbarkeit des ZOB eines von vielen Bewertungskriterien sein. Eine evtl. konkrete Überplanung sollte allerdings nur im Zusammenhang mit neuen Überlegungen zur Gestaltung des gesamten Bahnhofsumfelds angegangen werden. Diese werden allerdings gemäß der Beratungen im Planungsausschuss vom 29.01.2014 und des Gemeinderates vom 10.02.2014 nicht vor 2016 beginnen. Eine Bereitstellung von gesonderten Planungsmitteln ist nicht erforderlich.
56		Stärkung der Innenstadt / Innenstadtkonzept: Abstimmung der geplanten Verbesserungen mit den Geschäftsleuten			Beschlussvorschlag: Kenntnisnahme Es entspricht dem üblichen Vorgehen der Stadt, dass sie bei Infrastrukturmaßnahmen die Planungen im Vorfeld mit den Anliegern abstimmt. Gerade beim Innenstadtkonzept ist es besonders wichtig, die

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushaltsrel. Veränderung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/lfd. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
		und Innenstadtbewohnern			betroffenen Geschäftsleute und Bewohner/innen „mitzunehmen“ – dies wurde in dem über 1 jährige intensive Beteiligungsprozess gemacht und selbstverständlich wird dies auch bei der Umsetzung der Fall sein.
57		Installation von unterirdischen Müllbehältern im Zuge der Renovierung des Lindenplatzes			Beschlussvorschlag: Von der vorgesehenen Vorgehensweise wird zustimmend Kenntnis genommen. Im Rahmen der Planungen zur Umgestaltung des Lindenplatzes ist vorgesehen, mögliche Standorte für unterirdische Müllbehälter mit in die Planungsüberlegungen einzubeziehen.
58		Präsentation der WeinStadt Offenburg am Autobahnzubringer durch Anpflanzung von Reben durch die Offenburger Weinbaubetriebe			Beschlussvorschlag: Von der vorgeschlagenen Vorgehensweise wir zustimmend Kenntnis genommen. Das Stadtmarketing wird diesen Vorschlag in eines der nächsten Gespräche zum Tourismuskonzept einbringen und mit den Weingütern diskutieren. Über die Ergebnisse werden die Fraktionen dann schriftlich informiert. Um zu vermitteln, dass Offenburg eine WeinStadt mit sechs hervorragende Weingüter ist, müsste diese Maßnahme Teil des Gesamtkonzepts werden, so dass ein tatsächlicher Mehrwert sowohl für den Tourismus als auch für die Weingüter entsteht (bis hin zur Frage, wie finde ich die Weingüter?).
59		Verbesserung der Präsentation des Salmen – Anschubfinanzierung (s. ähnlichen Antrag der Fraktion B90 / Die Grünen)			siehe hierzu Antwort der Verwaltung zu lfd. Nr. 43

Lfd Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts- rel. Verände- rung 2014 – 2017 in TEUR	GR-Vorlage 9.12.2013 Seite/ld. Nr.	Stellungnahmen zu Fraktionsanträgen und Beschlussvorschlag
60		Intensivierung der Arbeit mit Senioren - Erstellung einer Konzeption hierfür - Mittelbereitstellung im Haushalt			<p>Beschlussvorschlag: Kenntnisnahme</p> <p>Mit dem Seniorenbüro hat die Stadt Offenburg eine landesweit vorbildliche Einrichtung Seniorenarbeit. Hierfür wendet die Stadt zusammen deutlich über 500 TEUR jährlich auf. Zusätzliche Haushaltsmittel für Konzepte sind nicht notwendig zumal weder aus der Verwaltung noch aus dem Seniorenbeirat in dieser Hinsicht Hinweise auf Defizite gekommen sind. Das Seniorenbüro wie auch das Mehrgenerationenhaus haben mit ihren Angeboten, von denen beispielhaft</p> <ul style="list-style-type: none"> - das BIS - Bistro im Seniorenbüro - die Engagementberatung - der Pflegestützpunkt - verschiedene Projekte des Bürgerschaftlichen Engagements <p>genannt werden, eine weithin anerkannt und auf ausgereiften Konzepten basierende Arbeit vorzuweisen</p>